



Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Mag.a Sabine Gaber und Mag. Michael Wancata
Oesterreichische Entwicklungsbank AG
Strauchgasse 1-3
1011 Wien

● Landbasierte Investitionen

Wien, 1. Oktober 2018

Sehr geehrte Frau Mag.a Gaber,
sehr geehrter Herr Mag. Wancata,

wir, die zivilgesellschaftlichen Organisationen AG Globale Verantwortung, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz, FIAN Österreich, Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) wenden uns an Sie in Bezug auf landbasierte¹ Investitionen. Wir begrüßen den kürzlich initiierten Austausch mit der Zivilgesellschaft zu menschenrechtlicher Verantwortung bei Finanzierungsprojekten und möchten an diesen anknüpfen.

Großflächige Investitionen in Land haben oftmals erhebliche menschenrechtliche und ökologische Auswirkungen auf das Leben der lokalen Bevölkerung im Projektgebiet. Diese Auswirkungen müssen angemessen und bereits frühzeitig identifiziert und berücksichtigt werden. Aufgrund ihres staatlichen Auftrags sollte die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) dabei eine Vorbildrolle übernehmen.

Gemeinsam mit lokalen PartnerInnen begleitet FIAN diverse landbasierte Investitionsprojekte mit Beteiligung von Entwicklungsbanken intensiv und berichtet regelmäßig über deren Entwicklung. Ein Beispiel ist das Project von *Addax Bioenergy* (mittlerweile mehrheitlich in Besitz von *Sunbird Bioenergy*) im Makeni District, Sierra Leone, das ursprünglich von mehreren EDFI-Mitgliedsstaaten finanziert wurde, darunter auch die OeEB. Das Addax-Projekt hatte negative Auswirkungen auf die lokalen Gemeinden, speziell in Hinblick auf Ernährungssicherheit und den Zugang zu Land.² Weil das Projekt ins Stocken geriet, verschlechterte sich die Situation der Menschen weiter.³ Als die

1 Mit „landbasiert“ meinen wir Projekte, die den Besitz oder den Zugang zu Land beeinflussen, so z.B. Projekte in den Bereichen Agrarindustrie, Infrastruktur, Bergbau oder Projekte für die Erzeugung erneuerbarer Energien.

2 SiLNoRF und Brot für Alle (2009-2017), regelmäßige Monitoring-Berichte, z.B. „Final Monitoring Report on the operations and the scale down of Addax Bioenergy in Makeni, Sierra Leone (July 2014–June 2016)“ (https://brotfueralle.ch/content/uploads/2017/07/1606_MonRep-Addax.pdf)

3 Brot für die Welt und Brot für alle (2016), „The weakest should not bear the risk – Holding the Development Finance Institutions responsible when private sector projects fail. The case of Addax Bioethanol in Sierra Leone“ (<https://brotfueralle.ch/content/uploads/2016/06/The-Weakest-Should-not-Bear-the-Risk.pdf>)

involvierten Entwicklungsbanken aus dem Projekt ausstiegen bzw. ausbezahlt wurden, fehlte es an einer Ausstiegsstrategie, um negative Auswirkungen auf Menschen zu minimieren, sowie einem Zugang zu Rechtsmitteln für die betroffenen Gemeinden.⁴ Auch wenn die OeEB mittlerweile aus dem Projekt ausgeschieden ist, kann diese Erfahrung mit Blick auf die Zukunft gerichtet dazu dienen, bestehende Prüfungs- und Beschwerdemechanismen im Sinne der Betroffenen zu verbessern.

Auch andernorts sind Gemeinden von ähnlichen durch Entwicklungsbanken finanzierten Projekten betroffen. Weltweit nehmen landbasierte Investitionen zu und gefährden grundlegende Menschenrechte – insbesondere dort, wo schwach ausgeprägte Landrechte, Ernährungsunsicherheit und Korruption bestehen. Bestehende Konflikte und gewaltsame Angriffe auf Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen können intensiver werden.

Eine Vielzahl der Projekte, in die die OeEB und andere EDFI-Mitglieder investieren, ist landbasiert und liegt in fragilen Gebieten. Um Menschenrechte zu fördern, stellt sich die Frage, wie die OeEB als eigenständige Institution, aber auch innerhalb der EDFI negative Langzeitfolgen ihrer Investitionen verhindern kann.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Prozess zur stärkeren Auseinandersetzung mit menschenrechtlichen Fragen in der OeEB. Wir empfehlen, gemeinsam mit den weiteren EDFI-Mitgliedern Maßnahmen zu ergreifen, um Richtlinien und Prozesse für die Einhaltung der Menschenrechte und den Zugang zu Rechtsmitteln im Zusammenhang mit allen landbasierten Investitionen und Projekten zu entwickeln, die den hohen international anerkannten Standards entsprechen. In einem Brief mehrerer europäischer Organisationen wurde dieses Anliegen bereits an die EDFI herangetragen (siehe Dokument anbei). Einige zentrale Anliegen aus diesem Brief möchten wir Ihnen direkt zur Kenntnis bringen.

Wir plädieren für eine Konkretisierung der *EDFI-Grundsätze zur verantwortungsvollen Finanzierung* (2009), um diese in Einklang mit den international anerkannten *UN Guiding Principles on Business and Human Rights* (UNGPs) und den *Voluntary Guidelines on the responsible Governance of Tenure of land, fisheries and forests* (VGGT) zu bringen. Die OeEB sowie alle weiteren Mitglieder des EDFI sollten in ihrer Arbeit folgende Punkte berücksichtigen, um die Achtung der Menschenrechte sorgsamer gewährleisten zu können:

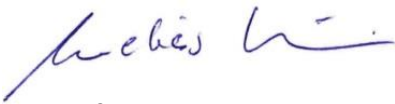
- **Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht, speziell im Zusammenhang mit landbasierten Investitionen** (u.a. Ausstiegsstrategien, Einbindung lokaler Gemeinden)
- **Berücksichtigung fragiler und von Konflikten geprägter Rahmenbedingungen** (u.a. Risikobewertung und -analyse, Konfliktlösungsmechanismen)

⁴ Swedwatch (2017), „No Business, No Rights – Human rights impacts when land investments fail to include responsible exit strategies. The case of Addax Bioenergy in Sierra Leone“ (http://www.swedwatch.org/wp-content/uploads/2017/11/86_Sierra-Leone_NY.pdf)

- **Stärkung von Beschwerdemechanismen und des Zugangs zu Rechtsmitteln für die lokale Bevölkerung, ArbeiterInnen und anderen negativ von Projekten betroffenen Menschen**
Gegenwärtig gibt es für Betroffene keine ausreichende Möglichkeit, gegen negative Folgen von Projekten der OeEB Beschwerde einzulegen. Hier könnten die Mechanismen der deutschen oder der niederländischen Entwicklungsbank einen Anknüpfungspunkt bieten und sollten zusätzlich auch für Projekte anwendbar sein, aus denen die Entwicklungsbanken sich bereits zurückgezogen haben.
- **Erhöhte Transparenz und verbesserter Dialog mit der Zivilgesellschaft in Heimat- und Projektland und Gewährleistung eines Austausches mit allen vom Projekt betroffenen Parteien sowie Einsatz für die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen**

Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahmen notwendig sind, damit die OeEB als verantwortungsvolle Investorin agieren und bestmöglich zu nachhaltiger Entwicklung im Sinne der SDGs der Agenda 2030 beitragen kann. Wir hoffen, mit unseren Empfehlungen einen Beitrag für einen fortwährenden Dialog über diese Fragen zu geben und würden uns über Ihre baldige Rückmeldung dazu freuen.

Mit freundlichen Grüßen,



Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin
Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe



Dr.ⁱⁿ Anja Appel
Geschäftsführerin
Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)



Mag.a Brigitte Reisenberger
Geschäftsleiterin
FIAN Österreich



Mag. Stefan Grasgruber-Kerl
Vorsitzender des Vorstands
NeSoVe / Netzwerk Soziale Verantwortung